

Nr. 9 September 1979 Verantwortlich:

Edith Baller, Gerd Brouwer, Rainer Korte, Hermann Raufhake, Michael Schürmeyer, Reinhold Thiede.

Anschrift: R. Thiede, Am Sundern 7, GMH, Tel.: 05409/1487

Auflage 150

Preis: 50 Pf.

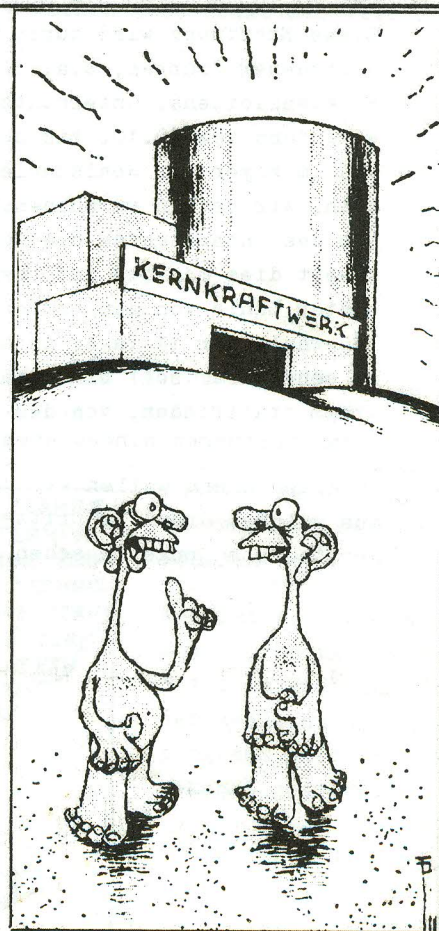


In dieser Ausgabe der ZdJ ist - neben der Kommunalpolitik - die Energieproblematik ein Schwerpunkt. Zu diesem Thema wird es sicherlich auch gegensätzliche Meinungen geben. Leserbriefe zu diesem Themengebiet, und natürlich auch zu allen anderen, drucken wir selbstverständlich ab.

Inhalt:

Seite:

| | |
|---|--------|
| Ausstellung über Neonazis | 2 |
| G.M.Hütte hat einen Stadtjugendpfleger | 3 |
| Kommunalwahl '81 | 3 |
| Lichtermeer in G.M.Hütte | 4 |
| Jusos im Aufwind | 4 |
| Jahr des Kindes | 5 |
| Das schreckt ab | 5 |
| SPD für Carl v. Ossietzky | 5 |
| Daten, Daten, Daten | 6 |
| Stau bei Klöckner | 6 |
| Tucholsky statt Hindenburg | 7 |
| Autos über alles | 7 |
| Aus den SPD Stadtbezirken | 8 |
| Erhard Eppler zur Energiepolitik | 9 - 10 |
| Netzwerk Selbsthilfe | 11 |
| Sozialdemokraten gegen Atomenergie | 11 |
| Vietnamflüchtlinge, Humanität und Politik | 12 |



Vorwärts

„Nur einmal hatten wir einen menschlichen Versager...“

AUSSTELLUNG über NEONAZIS !

Wie wir schon in der letzten ZdJ berichtet haben, wollen wir im Oktober dieses Jahres eine Ausstellung über den aufkeimenden Neonazismus in der Bundesrepublik zeigen. Diese Ausstellung soll der Kern von zwei 'Wochen gegen Neonazismus' sein. Zur Zeit kann noch kein endgültiges Programm präsentiert werden, aber einige Punkte stehen doch schon fest.

Die Ausstellung mit dem Titel "Deutschland erwacht", die uns die 'galerie 70' in Berlin zur Verfügung stellt, wird u.a. unterstützt von G. Wallraff, der GEW, der Aktion Sühnezeichen, dem Verband der Verfolgten des Naziregimes, den Jusos Westberlin und dem Journalisten Henrik M. Broder. Sie hat eine Reihe von positiven Kritiken bekommen, u.a. in der Zeitschrift "Das Parlament" und im "Vorwärts". Der Katalog zur Ausstellung ist im Vorwärts-Laden zu bekommen (bei uns natürlich auch!) und enthält zudem ein Vorwort des SPD-Bundestagsabgeordneten Thüsing aus Paderborn.

Als Schirmherren der Ausstellung in Georgsmarienhütte haben sich Rektor Stahlmann und der Präsident des Komitees der Moorsoldaten, August Baumgarte, zur Verfügung gestellt. Eventuell kann noch ein namhafter Politiker als Schirmherr gewonnen werden.

Die 'Wochen gegen Neonazismus' werden am Samstag, dem 20.10.79 durch die Schirmherren eröffnet. Diese Eröffnung wird durch Musikbeiträge verschiedener Gruppen, u.a. der Musikgruppe des Friedenskottens, unterstützt. Die Ausstellung wird dann vom 20.10. bis zum 3.11. in der Aula und im Foyer der Realschule GMHütte zu sehen sein. Wir werden versuchen, Schulklassen im Rahmen des Unterrichtes die Ausstellung vorzuführen, soweit dies möglich ist (das hängt natürlich in erster Linie von den betreffenden Lehrern ab). Innerhalb der 14 Tage, in denen die Ausstellung zu sehen ist, soll ein umfangreiches Rahmenprogramm stattfinden, von dem hier schon auf einige Veranstaltungen hingewiesen werden soll.

An einem Abend wollen wir der Frage nachgehen, aus welchem Grund im Dritten Reich so viele, gerade auch junge Menschen sich der totalitären

Naziideologie verschreiben konnten. Daraus läßt sich vielleicht erkennen, wie einer neuerlichen Verführung durch neo-nazistische Ideen entgegenzuwirken ist. Zu dieser Veranstaltung wird der ehemalige Bremer Bausenator Seifritz (SPD) kommen, der bekanntlich während des Naziregimes ein überzeugter Anhänger der NSDAP war. Wir erhoffen, von ihm Aufschluß zu erhalten, worin die Anziehungskraft der nationalsozialistischen Ideen bestand und wie heute und in Zukunft eine derartige geistige Verführung verhindert werden kann. An dieser Veranstaltung werden auch Rektor Stahlmann und ein Historiker teilnehmen; der Journalist Henrik M. Broder hat sein Kommen in Aussicht gestellt.

Weiter sind einige Filmabende geplant, für die die Filme "Zwei Tage im Mai" und "33 Jahre danach" bereits bestellt sind. Daneben soll eine Videoaufnahme über den Majdanek-Prozeß gezeigt werden.

Eine Rock-Veranstaltung ('Rock gegen Rechts') war ebenfalls geplant, die bekannte Gruppe 'Franz K.' hatte auch bereits zugesagt, allerdings wollte die Stadt GMHütte dafür keine (Turn-) Halle zur Verfügung stellen.

Darüberhinaus beabsichtigen wir, eine Tagesfahrt zu den ehemaligen Konzentrationslagern im Emsland (Esterwegen u.a.) durchzuführen, die wir Jusos vor einiger Zeit schon einmal unternommen haben und die sehr beeindruckend war.

Weitere Veranstaltungen zu den Themen 'Kirche und 3. Reich' und 'Nazis in GMHütte' sind in der Planung.

Soweit ein kurzer Vorausblick auf unsere 'Wochen gegen Neonazis'. Unser Programm ist - wie gesagt - noch nicht endgültig, wir sind daher für alle Tips und Hinweise sehr dankbar, schreibt uns bitte!!

Und noch etwas: Um die Ausstellung zu einem vollen Erfolg zu machen, sollte jeder schon langsam anfangen, in seiner Umgebung dafür zu werben. Das Thema ist zu wichtig, als das es totgeschwiegen werden dürfte!

Sonderveranstaltungen für Interessierte und Organisationen führen wir auf Wunsch gerne durch.



G.M.Hütte hat einen

Stadtjugendpfleger...

... man sollte es kaum für möglich halten! Er organisiert die jährliche Ferienpaßaktion (sicherlich viel zeitlicher und organisatorischer Aufwand), führt die Geschäfte des Stadtjugendringes (wo sehr viel Papier, Protokolle u.ä. produziert werden) und organisiert die Fahrten und den Austausch nach und mit Israel (Jugendarbeit?).

Eingestellt war der Jugendpfleger damals für das Jugendzentrum ("Wir suchen einen interessierten Bewerber mit staatlicher Anerkennung als Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, der eigene Vorstellungen über moderne Jugendarbeit zur Planung, zum Aufbau und zur Leitung von Jugendbegegnungsstätten verwirklichen will" - so der Text der Anzeige, mit der 1974 ein Stadtjugendpfleger gesucht und gefunden wurde.).

In einem Artikel zu der Einführung des Stadtjugendpflegers in der NOZ vom 1. November 1975 ist zu lesen: "Sein Hobby ist soziale Therapie und Beratung - und dies kann er in der öffentlichen Jugendarbeit, wie es ihm in Georgsmarienhütte geboten wird, besser pflegen als in Heimen, die den Charakter des Abschiebens haben. Im Gegensatz zur stationären Arbeit in den Heimen zieht er die ambulante Arbeit mit

den Randgruppen der Gesellschaft vor, weil hier eher die Möglichkeit zur Wiedereingliederung Jugendlicher besteht..."

In einem Interview mit der CDU Zeitung "Stadt im Werden" im November 1975 sagte er: "Als Anlaufstelle (anonym) für die verhaltensauffälligen, straffällig gewordenen, suchtgefährdeten, den sogenannten Randgruppen zuzurechnenden Jugendlichen soll das JZ auch denen eine Hilfe sein, die glauben, sonst nirgendwo Hilfe zu finden".

Der Stadtjugendpfleger nahm im Jugendzentrum an den regelmäßigen Sitzungen des Hausrates teil (große andere Aktivitäten im JZ von ihm aus der damaligen Zeit sind nicht bekannt) - was macht er seit der Schließung des Jugendzentrums?

Ist er jetzt nur noch für die verbandliche Jugendarbeit da? Wo waren und wo sind die Initiativen für die arbeitslosen Jugendlichen, für die drogenabhängigen, suchtgefährdeten, kriminellen usw. Jugendlichen?

Ist jemandem bekannt, was aus seinen damaligen - positiven - Vorschlägen praktisch geworden ist?

Kommunalwahl '81

Wir bitten alle interessierten Genossinnen und Genossen sowie andere Interessierte, uns Vorschläge für ein Kommunal-Wahlprogramm 1981 zu machen (schriftlich oder mündlich). Rechtzeitig vor der Wahl werden wir in der SPD einen Wahlprogrammorschlag zur Abstimmung einbringen, damit wir wegkommen von nichtssagenden Formulierungen auf Glanzpapier.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß auch in Oesede schon jetzt Überlegungen inhaltlicher und personeller Art für die nächste Kommunalwahl und für alle Parteiämter in GMHütte angestellt werden - insbesondere auch Gedanken darüber ausgetauscht werden, wie die parteiliche Organisation und der Kontakt zu den Bürgern ausgebaut werden können.

Stamokap-Diskussion am 14. Sept. 1979
mit Christoph Ehrenberg und
Beenhard Olligs



Anti-Atomkraftdemo:
am 14.10.79 in Bonn.
Näheres bei uns.

Neonazi-Ausstellung der
Jusos GMHütte vom 20.10.-
3.11. in Aula und Foyer
der Realschule. Rahmen-
programm wird frühzeitig
bekannt gegeben.

Lichtermeer in G.M.Hütte

Am Samstag, dem 21. Juli ist aufmerksamen Beobachtern zum zweiten Mal innerhalb eines Monats aufgefallen, daß noch vormittags um 9 Uhr die Straßenbeleuchtung im Stadtkern Oesede/GMHütte und entlang der B 51 in Betrieb war. Was nützen alle Appelle an die Bürger, Energie einzusparen, wenn die Stadt mit solch schlechtem Beispiel vorangeht?!

Aber während diese Energieverschwendung wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß irgendein städtischer Bediensteter vergessen hat, irgendein Knöpfchen zu drücken, hier also ein Versehen (das jedem mal passieren kann) die Ursache ist, scheint der Grund für eine andere städtische Energievergeudung tieferliegend zu sein. Jedesmal, wenn man abends die B 51 oder die L 95 befährt, fragt man sich, ob es wohl tatsächlich nötig ist, daß alle 30 - 40 Meter eine Straßenlampe brennt. An der B 51 stehen vom Ortseingang- bis zum Ortsausgangsschild genau 69 Lampen. Der Energieaufwand, der hier Nacht für Nacht nötig ist, muß, auf längere

Zeit gesehen, immens sein. Hat sich wohl schon einmal einer der dafür zuständigen Herren der Stadtverwaltung Gedanken darüber gemacht, ob es irgendwelche nachteiligen Folgen hätte, wenn nur jede zweite oder dritte Lampe eingeschaltet würde? Oder ist die Stadt Georgsmarienhütte finanziell so gut gestellt, daß man sich die Stromrechnung gar nicht anzusehen braucht?

Im Ernst, es scheint wirklich nicht nötig, die B 51 und die L 95 des Nachts in ein wahres Lichtermeer zu tauchen. Hier könnte man Ernst machen mit den guten Vorsätzen zur Energieeinsparung, ohne daß sich deshalb irgend jemand in seinen Lebensgewohnheiten einschränken müßte. Vielleicht ziehen auch, wenn die Stadt auf diesem Gebiet ein Beispiel gibt, die Einzelhandelsgeschäfte nach und schränken ihre Leuchtreklame und Schaufensterbeleuchtung ein. Man sieht, Energieeinsparung führt nicht gleich 'zurück ins Mittelalter', wie einige Förderer der Kernenergie immer meinen!

JUSOS im Aufwind

Anknüpfend an ihre guten Leistungen beim Hallenfußballturnier der Bürgerinitiative "Stadt im Grünen; Teutoburger Wald" (letztes Spiel dort ein 0:4 gegen die Junge Union) erreichten die Jusos gegen die hochklassige, fast bundesligareife Elf von Torpedo Tannenkaamp ein sensationelles 1:5 (1:1) in einem Freundschaftsspiel um ein Faß Bier.

Leider überzeugten die Jusos nur eine Halbzeit lang. Aber diese Halbzeit hatte es in sich. Mit mitreißenden Kombinationen wurde Torpedo eingeschnürt, ja, hatte keine Chance. (So die Meinung der Leistungsträger der Jusos). Jedenfalls gingen die Jusos durch ein Tor ihres Vorsitzenden in Führung. (Dem Verfasser wurde einiges vom besagtem Vorsitzenden angedroht, falls er dieses Tor nicht gebührend erwähne.)

In der zweiten Halbzeit konnte sich Torpedo dann einigermaßen vom Druck der Jusos befreien und schoß noch einige sogenannte 'Tore'.

Die Meinung der Trainer nach dem Spiel: Der Juso-Trainer zählte die Gründe für die Niederlage auf.

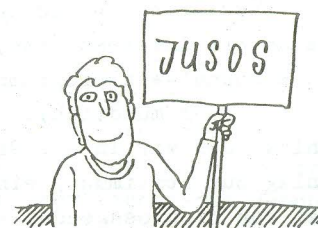
1. Die Juso Renegaten von Torpedo. Er wolle zwar keine Namen nennen, aber die Betreffenden würden schon sehen, was sie davon hätten.
2. Der Torwart der Jusos, nicht wie in der letzten Zdj. fälschlich gemeldet Samson,

sondern der Jaschin von der Egge, war verletzt und war als Schiedsrichter überraschend unparteiisch.

3. Und überhaupt werde ab sofort mehr trainiert.

Der Coach von Torpedo Tannenkaamp erklärte nur: "Wenn es um was Wichtiges geht, sind wir immer gut."

Nach dem Spiel wurde dann in aller Eile das Faß Bier geleert.



Wie gewinnen die Jungsozialisten ?

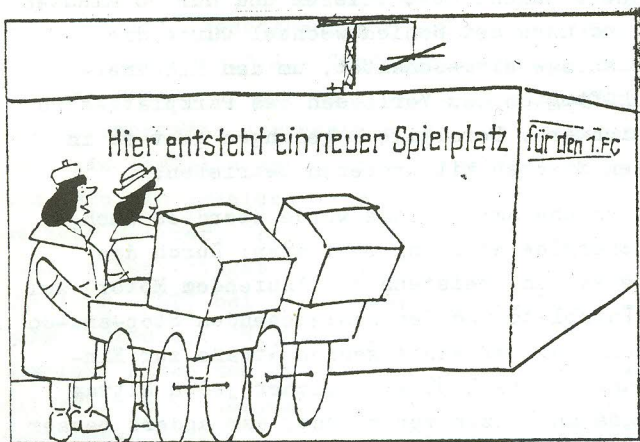
Jahr des Kindes ?

Zur Eröffnung des Jahr des Kindes gab es viele, gute, schöne Worte - auch die Worte, daß es nicht bei Worten bleiben dürfe! Wo sind die Taten?!

Zumindest hier in G.M.Hütte suchen wir sie vergeblich. Zwar gab es einmal einen Film zum Jahr des Kindes und die CDU hat auch einen bunten Nachmittag für Kinder gemacht - aber echte Maßnahmen?

Wo sind die Radwege für Kinder, wo verkehrsschützende Maßnahmen, wo die interessanten Spielplätze, wo die Bolzplätze usw.?

Übrigens: wir Jusos überlegten zu Beginn dieses Jahres, ob wir nicht auch eine Filmwoche, einen bunten Nachmittag u.ä. machen sollten. Nach einer kurzen Diskussion setzte sich dann bei uns jedoch die Meinung durch, daß wir uns dazu zu schade sind, irgendwelche Showveranstaltungen zum Jahr des Kindes zu machen. Wir werden weiter - wie gehabt - konkrete Verbesserungen fordern und konkrete Vorschläge machen (wie z.B. unsere zahlreichen Anregungen zur Verkehrsberuhigung.)



"Mir scheint, die Verantwortlichen nehmen das Jahr des Kinder aber doch ernst!"

übrigens...

In Schweden hat man mit Beginn des Sommers die Fahrkartenpreise für Züge um 30% gesenkt und anschließend durch den Verkauf von Jahresrabbattfahrtscheinen eine weitere Senkung um 40% vorgenommen (von 100 Kronen auf 70 Kronen auf 42 entspricht insgesamt einer Senkung von 58%). Der Erfolg: die Zahl der Reisenden stieg um 40% im Juli! Insgesamt bringt die neue Preispolitik für die Bahn in Schweden einen Gewinn! Warum soll man in der BRD auf die Bahn umsteigen, wenn eine Fahrt von Oesede nach Osnabrück 2,- DM kostet?

Das schreckt ab !

Sowie das Wetter aufklärt, dürfen die Bewohner von GMHütte den ganzen Tag erleben, wie unsere Luftwaffe für die Verteidigung der Republik übt. Im Sturzflug, über- und unterhalb der Schallgrenze, wenige 100m über den Häusern jaulen, jagen, pfeifen, knallen, donnern usw. diese Wunderwerke der Technik über unsere Köpfe hinweg. So wird man zu jeder Stunde des Tages lautstark daran erinnert, daß wir keine Furcht vor der Bedrohung aus dem Osten zu haben brauchen.

Wen interessiert es dabei schon, daß die Babys und Kleinkinder vor Angst unter die Tische kriechen, zu weinen anfangen und nicht einschlafen können - von den Nachschichtlern bei Klöckner ganz zu schweigen. Abschreckung muß man sich halt etwas kosten lassen!

Allerdings sollten unsere Verteidigungsstrategen sich nicht zu der Vermutung hinreißen lassen, daß ihnen irgendjemand abnimmt, daß diese Art von Übungsflügen notwendig sei! Das ist einzig und allein Beschäftigungstherapie für gelangweilte Soldaten.

Muß erst ein CDU-Ministerpräsident. (Zeyer im Saarland) dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister auf die Finger klopfen?

Endlich:

SPD für

Carl v. Ossietzky

Auf dem letzten Bezirksparteitag der SPD Weser Ems in Bramsche wurde - soweit erinnerbar - einstimmig - der Beschluß gefaßt, die Universität Oldenburg endlich in Carl-von-Ossietzky-Universität umzubenennen. Damit hat die SPD im Bezirk einen Schlußstrich unter die unwürdigen Streitigkeiten um diesen aufrechten Antifaschisten gezogen, den die Nazis ermordeten, der den Friedensnobelpreis erhielt und nach dem in Niedersachsen bis heute keine Universität benannt werden darf.

Ein Skandal! In unserer Nachbarschaft gibt es die Wilhelms-Universität in Münster - aber die Uni in Oldenburg darf den Namen Ossietzky auch auf eigenen Wunsch nicht tragen!

Daten, Daten, Daten...

431 Seiten braucht das Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück, um alle Dateien des Landkreises, seiner 5 Städte, 11 Gemeinden und 4 Samtgemeinden aufzuführen.

Die Listen enthalten die speichernden Stellen, den jeweils betroffenen Personenkreis, die Art der gespeicherten personenbezogenen Daten, die Aufgaben zu deren Erfüllung die Kenntnis der Daten erforderlich ist und die Stellen, an die Daten regelmäßig übermittelt werden.

Einige Beispiele für das Übermaß an Kontrolle und Überwachung, das durch die gespeicherten Daten sichtbar wird, aus den Dateien der Stadt Georgsmarienhütte:

- der Polizei werden Name und Anschrift aller Hundehalter gemeldet;
- das Reiseziel aller Kinderausweisinhaber wird dem MAD (Militärischer Abschirmdienst) regelmäßig übermittelt;
- ebenfalls erhält der MAD die Stellungnahmen der Kriminalpolizei zu allen Reisepaßinhabern;
- Hinweise auf Mahnungen und Beitreibungsmaßnahmen der Stadt werden an alle städtischen Ämter weitergegeben;
- die akademischen Grade aller gemeldeten Einwohner werden den öffentlich - rechtlichen Religionsgemeinschaften übermittelt.

Diese Beispiele sollen genügen. Wie allerorten werden in GMHütte mißbräuchliche Daten gespeichert und übermittelt. Die SPD-Ratsfraktion sollte sich darum bemühen, daß alle Daten, deren Kenntnis für die Erfüllung städtischer Aufgaben nicht notwendig sind, gelöscht werden und nur solche Daten an andere Stellen übermittelt werden, die diese für sinnvolle Aufgaben benötigen.

Von der Offenlegung der Dateien bis zum Schutz der personenbezogenen Daten ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Stau bei Klöckner

Jedem, der zur Zeit des Schichtwechsels auf der L 95 am Klöckner-Werk vorbeifährt, fällt es auf: Im Schrittempo fahrend, meistens sogar stehend, bemühen sich die Fahrzeuge von den Parkplätzen bei Tor I und Tor VI auf die L 95 zu gelangen. Von diesen beiden Parkplätzen wollen um 14 Uhr etwa 300 Autos auf die Straße, die gerade zu dieser Zeit ziemlich stark befahren ist (schließlich ist auch bei Wiemann Schichtwechsel!). Das 'Einfädeln' in den Fahrzeugstrom auf der L 95 ist deshalb für die Klöckneraner von Tor I und VI sehr schwierig. Hinzu kommt noch, daß die sehr breit ausgebaute Straße zu schnellem Fahren verleitet, daß es also für die Fahrer der vom Parkplatz kommenden Wagen sehr schwer abzuschätzen ist, ob man noch zwischen zwei, die L 95 befahrende Autos, 'hindurch kommt'. Die Folge ist klar: Die Fahrzeuge stauen sich bis auf den Parkplatz, und es dauert manchmal fast eine halbe Stunde, bevor alle Wagen auf dem Heimweg sind.

Um diese Situation zu verbessern, böte sich an, an der Parkplatzauffahrt eine Ampelanlage zu installieren, die nur in der Zeit des Schichtwechsels in Betrieb zu sein braucht. Der laufende Verkehr auf der L 95 würde den ganzen Tag über ungehindert fließen und nur 30 Minuten vor und nach dem Schichtwechsel würde die Ampelanlage eingeschaltet, um den Klöckner-Beschäftigten das Verlassen des Parkplatzes zu erleichtern. Derartige Regelungen gibt es in vielen Städten mit größeren Betrieben.

Eine solche Ampelanlage würde überdies auch zur Energieeinsparung beitragen: Durch das lange Warten (meistens mit laufendem Motor) auf dem Parkplatz und den schleichenden Stop-and-Go Verkehr auf der ansteigenden Straße zur Einmündung in die L 95 wird sicher jeden Mittag Einiges an Benzin verbraucht, das anders besser zu nutzen wäre.

ZDJ ABONNEMENT

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernr.) erscheinende ZDJ für DM ___* im Jahr ab der Nr. 10.

* mindestens 5,- DM im Jahr!

NAME : _____
Straße : _____
Ort : _____

Am Jesus G.M.Hütte
am Sundern 7

Straßennamen:

Tucholsky statt Hindenburg

Straßennamen sind nicht nur Schall und Rauch, sondern zeigen an, welche Traditionen geachtet und gepflegt werden. So hat GMHütte ein "Widerstandsviertel": durch die 'Geschwister-Scholl-Str.', die 'Dietrich-Bonhoeffer-Str.', die 'Wilhelm-Leuschner-Str.', die 'Graf-Stauffenberg-Str.' u.a.m. werden Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus geehrt.

Doch nur wenige hundert Meter von dieser Ecke entfernt wird eine Straße nach einem Antidemokraten, Militaristen und Wegbereiter Hitlers benannt. Dieser Paul von Hindenburg, der hier gemeint ist, hat sich noch im Dezember 1917, als sich die Niederlage Deutschlands schon abzeichnete und der Sturz der Monarchie näher rückte; gegen die Forderung des "Vorwärts" nach dem gleichen Wahlrecht gewandt und forderte vom Reichskanzler Maßnahmen: "Ich hege ernste Befürchtung, daß der von der Sozialdemokratie beschrittene Weg von ihr zielbewußt weiter verfolgt werden und die verhängnisvollsten Folgen für die Kriegführung haben wird, wenn nicht sofort und rechtzeitig energische Schritte geschehen, ihr auf diesem Wege Halt zu gebieten." Als Chef der Obersten Heeresleitung konnte er die Verfolgung mißliebiger Sozialdemokraten durchsetzen. In der Weimarer Republik bastelte er an der Dolchstoßlegende und noch als Präsident der Republik und ehemaliger Insider, der es besser wissen mußte, nahm er zur Kriegsschuld Deutschlands wie folgt Stellung (1927 bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmal): "Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber." Hindenburg war also auch geistiger Helfershelfer der faschistischen Propaganda und daß er dann 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler berief, war nur noch ein letzter krönender Abschluß.

Soll solch eine Tradition in GMHütte hochgehalten werden oder läßt sich nicht ein Name aus der anderen, der demokratischen Tradition finden, etwa den Kämpfer gegen Militarismus, Faschismus und Nationalismus Tucholsky?

Generalverkehrsplan!

Autos über alles ...

Im Juli wurde vom Verkehrsplaner der Stadt GMHütte der sogenannte Generalverkehrsplan vorgestellt. Dieser Plan soll Prognosen bzgl. des Verkehrs in GMHütte für die Jahre 1990 - 2000 liefern.

Aufgrund seiner Modellannahmen kommt der Planer zu dem Schluß - übrigens mit 10-monatiger Verspätung - daß der KFZ-Verkehr bis 1990 hier um 34% zunehmen wird. Diesem Ergebnis liegen folgende Annahmen zugrunde: 32.000 Einwohner, 13.000 statt jetzt 10.500 Arbeitsplätze, Steigerung der Fahrten pro Einwohner pro Tag von jetzt 2,1 auf dann 2,4! Wichtig dabei zu wissen, daß die meisten Fahrten über sehr kurze Strecken gehen.

Die Prognose beinhaltet weiter, daß die Zunahme im Binnenverkehr in GMHütte am größten sein wird, daß in und vom Umland nur geringe Zunahmen zu erwarten sind.

Im weiteren wurden dann Prognosen für einzelne Straßen dargestellt, wobei der unabhängige Gutachter vom vorhandenen und geplanten Straßennetz ausging (z.B. auch die Fahrzeugzahl für die geplante Hochstraße prognostizierte). Mit anderen Worten: Er hat keinerlei alternative Rechnungen für anders geplante Straßen oder für den Wegfall von Straßen vorgenommen.

Im Klartext bedeutet dieses, daß dieses Verkehrsgutachten das für notwendig nachweist, was sowieso schon geplant ist. Also ein Gutachten im Sinne der Planer der Stadt, im Sinne des Verkehrskonzeptes, welches die Stadt (angeblich) hat. Also: Notwendigkeit der Verlegung der B 51, Notwendigkeit der Hochstraße, des Schauenroths, der Bundesautobahn A 33, des Durchbaus der alten Heerstraße, der sogenannten Nordtangente (oder Nordspange) Harderberg-Malbergen-Holzhausen usw. Als besonderes Bonbon bot er den Stadtvätern noch, daß besonders die Straßen, die uns nichts kosten, höchst dringlich seien: B 51, A 33, L 95. Man fragt sich, wozu solche teuren Gutachten eigentlich taugen, wenn sie nur das bestätigen, was man schon weiß und Phantasiezahlen produzieren, die von ihren Grundannahmen her höchst zweifelhaft sind.

Übrigens: der Gutachter sagte es gleich zu Anfang: zum Auto gibt es keine Alternative, der öffentliche Personen-Nahverkehr könne nicht die Kapazitäten bringen und außerdem gehe sonst unsere Wirtschaft kaputt.

Zeigt ihm die Alternativen: fährt Fahrrad, geht zu Fuß, fährt Bus und Bahn, fährt weniger, fährt mehr zusammen usw...

AUS DEN SPD STADTBZIRKEN

Bürgernähe - Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Oeseder SPD

"Willst Du wissen, wie ein Schuh paßt, mußt Du fragen, der ihn trägt, nicht den, der ihn hergestellt hat."

Das ist ein altes Sprichwort. Es macht deutlich, wie schwierig und wichtig für uns 'Bürgernähe' ist. Wir Oeseder Sozialdemokraten können von jeher auf gute Beziehungen zu unseren Bürgern verweisen. Das galt schon in der Zeit, als z.B. noch nicht über 'Verkehrsberuhigung in Oesede' diskutiert wurde. Andererseits wird in den nächsten Monaten jede sich bietende Gelegenheit genutzt werden müssen, um vielen Bürgern das Unbehagen gegenüber Fragen der Verkehrsplanung in Oesede und anderen Stadtteilen zu nehmen.

Wir werden harte Aufklärungsarbeit leisten müssen. Dabei wird die 'Verkehrsberuhigung' ein Dauerthema bleiben. Besonders wird es bei der Planung der B 51 - Südumgehung Oesede weiterhin unterschiedliche Auffassungen geben. Die betroffenen Bürger, die direkt an der B 51 wohnen, werden die augenblickliche Lage völlig anders beurteilen, als die Bürger, die später von der geplanten Trassenführung betroffen sind. Das ist normal!

Wir werden als Sozialdemokraten in dieser Frage Sachgespräche weiterführen und danach dann bekräftigen bzw. widerrufen müssen. Spätestens zur nächsten Kommunalwahl im Jahre 1981 wird dazu eine weitere Aussage unserer Partei nötig sein. Vorher wird man sich noch sehr intensiv mit dem Generalverkehrsplan der Stadt Georgsmarienhütte auseinandersetzen müssen. Auch mit dem Verkehrsplaner Dr. Schubert wird man Einzelheiten erörtern, und zwar in einer Ratsfraktionssitzung.

In unserem Stadtbezirk haben einige Jungsozialisten und Vorstandsmitglieder einen 'Bürgerbogen' in Vorbereitung, der gemäß Vorstandsbeschluss nach den Sommerferien in mehreren Stadtbezirken (z. B. Egge, Dröper, Hakenesfeld, Oesede-Süd usw.) verteilt werden soll. Über die Ergebnisse werden wir in Bürger- und Mitgliederversammlungen berichten. Auch in unserer Ratsfraktion wird darüber berichtet und diskutiert werden müssen.

So werden wir mit unseren Jungsozialisten gemeinsam weiterhin Sachinformation und Bürgernähe praktizieren.

Denn, wenn es um Information und Meinungen der Bürger geht, ist der Oeseder SPD kein Gesprächspartner zu gering, um nicht aufmerksam befragt zu werden. In solchen 'Vor-Ort-Gesprächen' können wir dann beweisen, daß dieses Interesse an der Meinung des parteiungebundenen Bürgers sich für uns nicht auf Wahlkampfzeiten beschränkt.

SPD Stadtbezirk Holzhausen

1970 wurde die Gemeinde Holzhausen entsprechend dem Weber-Gutachten zur Gebietsreform getrennt. Der Ortsteil Sutthausen kam zu Osnabrück und der Ortsteil Alt-Holzhausen zu Georgsmarienhütte. Die Trennung der Gemeinde Holzhausen erfolgte auf freiwilliger Basis auf Beschluß des damaligen Gemeinderates.

Mit der Trennung der Gemeinde war auch die Trennung des SPD Ortsvereins Holzhausen verbunden. Sutthausen wurde Osnabrück angeschlossen, und Alt-Holzhausen kam zu Georgsmarienhütte und bildet heute den SPD Stadtbezirk Holzhausen im Ortsverein Georgsmarienhütte.

In den monatlichen Versammlungen des Stadtbezirks, die neuerdings wieder an jedem 2. Dienstag des Monats um 20 Uhr in der Gaststätte Baumann stattfinden, werden politische Themen diskutiert, Informationen gegeben, Meinungen gebildet und Beschlüsse gefaßt.

Leider ist die Mitgliederzahl im Stadtbezirk Holzhausen nach der letzten Beitragserhöhung durch einige Austritte kleiner geworden. Es ist bedauerlich, daß Politik von so vielen Menschen falsch verstanden wird.

Nach dem Sündenfall im Paradiese und die Wahl des Bösen war die vom Schöpfer vorgesehene Ordnung der menschlichen Gemeinschaft gestört. Politik ist die Kunst des geordneten und solidarischen Zusammenlebens in einem Gemeinwesen, einer Polis, und daß in dieser Polis der Mensch zum gesitteten Bürger, zum Politiker wird. Deshalb ist jeder Bürger ein Politiker, nicht nur die Berufspolitiker oder Mitglieder einer Partei.

Von dem griechischen Wort 'polis' (Burg, Stadt) und die dazugehörige Wortsippe 'politeia' (Stadtverfassung, Obrigkeit), 'politismos' (Stadtkultur), 'politis' (Bürger) und 'politikos' (politisch) leitet sich fast der ganze Stammbaum der politischen Begriffe des Abendlandes ab. Schon die Römer gaben dem Wort 'politikos' eine mehrfache Bedeutung. Sie verwendeten es als 'politicus' und übersetzten es mit 'civilis' (bürgerlich), 'communalis' (gemeinschaftlich, gemeinlich) und 'socialis' (genossenschaftlich). Hier knüpft die moderne Begriffswelt mit politisch, Politik, Politiker; zivil, Zivilist; sozial, Sozialist, Sozialismus usw. an.

Es gibt viele verschiedene politische Zielrichtungen und die Menschen, die jeweils eine dieser Zielrichtungen vertreten.

Der SPD Stadtbezirk Holzhausen vertritt die Zielrichtung des demokratischen Sozialismus und richtet seine Tätigkeit auf dieses Ziel aus.

Mit genossenschaftlichem Gruß

H. Wanka

Bruch. L. Wanka

Erhard Eppler

für die ZDJ zur Energiepolitik

Auf Anfrage schickte uns der Genosse Eppler folgende Erläuterung zur Energiekrise, das neben seinem Szenario die aktuellste Stellungnahme von ihm darstellt.

I.

Waren es vor zehn Jahren noch ein paar Experten, die in kleinen Zirkeln über Energiefragen entschieden, so gibt es heute kaum noch einen Mittagstisch, an dem nicht über Heizölpreise oder Atomkraftwerke gestritten wird. Glaubten die meisten noch vor ein paar Jahren, der Energieverbrauch müsse eben jedes Jahr um ein paar Prozent wachsen, so begreifen wir heute, daß hier keine Naturgesetze am Werk sind, sondern unser Wille gefordert ist.

Volksparteien zeichnen sich dadurch aus, daß alles, was das Volk bewegt, auch in diesen Parteien zur Sprache kommt. Wenn im Volk die eine Hälfte meint, man brauche neue Atomkraftwerke, die andere überzeugt ist, man sollte besser keine mehr bauen, so muß sich dies in einer Volkspartei widerspiegeln. Daß es sich bei der CDU und CSU nicht widerspiegelt, ist kein Zeichen von Stärke, sondern ein Zeichen dafür, daß in diesen Volksparteien etwas nicht stimmt. Was Herr Strauß der SPD vorwirft, daß es nämlich in der SPD verschiedene Meinungen zum Thema Atomenergie gibt, ist nur ein Zeichen dafür, daß wir eine lebendige Volkspartei sind.

II.

In der Sozialdemokratie gibt es seit Jahren eine intensive Energiediskussion, die übrigens von Anfang an Impulse aus dem Südwesten bekommen hat. Und weil wir das Thema nie unter den Teppich gekehrt haben, gibt es heute mehr Übereinstimmungen als Kontroversen. Weil in der Öffentlichkeit meist nur das Strittige beachtet wird, möchte ich zuerst einmal darstellen, wo wir uns einig sind, vielleicht nicht immer einig waren, es aber heute sind.

Wir sind uns einig, daß auf absehbare Zeit der vernünftige und sparsame Umgang mit Energie die wichtigste Energiequelle ist, daß es darauf ankommt, mit der vorhandenen Energie wesentlich sorgsamer umzugehen.

Wir sind uns einig, daß Einsparung von Öl durch Wärmedämmung, Fernwärme, Sonnenkollektoren, treibstoffsparende Autos, mehr Güterbeförderung auf der Schiene, daß also direkte Einsparung von Öl günstiger ist als die Ersetzung von Öl durch Atomstrom. Direkte Einsparung ist billiger umweltfreundlicher, geht wesentlich rascher und ist politisch leichter durchsetzbar. Und es bringt mehr.

Wir sind uns daher einig, daß elektrisches Heizen prinzipiell nicht gefördert werden sollte, weil hier am meisten Primärenergie verschwendet wird. Man mag sich streiten, ob ein Drittel oder ein Viertel der eingesetzten Energie an der Steckdose ankommen - der Bruchteil dürfte irgendwo dazwischen liegen - in jedem Fall ist es nicht sinnvoll, Wärme erst mit riesigen Verlusten in Strom umzuwandeln und dann den Strom wieder in Wärme. Ich weiß, daß manche Bürger aus Angst vor den hohen Ölpreisen auf elektrische Öfchen umsteigen wollen. Ob dies das Verteilungsnetz aushält, ist unsicher. Wenn die Stromrechnung kommt, wird klar, daß es auch nicht billiger ist. Volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich ist dies der falsche Weg.

Wir sind uns einig, daß die heimische Kohle wieder stärker verwendet werden soll, und zwar mit Priorität, auch für die Stromgewinnung. Dabei werden im Laufe der kommenden Jahre auch neue Technologien (das sogenannte Wirbelschichtverfahren und verschiedene Formen der Wärme-Kraftkoppelung) die Kohle besser nützen und die Schadstoffe besser abfangen helfen.

Wir sind uns einig, darüber, daß neue Energiequellen erschlossen werden müssen, vor allem solche, die sich nicht erschöpfen, also zum Beispiel die Sonnenenergie.

In Hamburg haben wir auf dem Parteitag miteinander beschlossen, daß neue Baugenehmigungen für Atomkraftwerke nur erteilt werden sollen, wenn a) die Entsorgung geklärt ist und b) nachgewiesen werden kann, daß ein zusätzlicher Bedarf nicht durch Kohlekraftwerke gedeckt werden kann.

III.

Neun Zehntel der Delegierten des Landesparteitages der baden-württembergischen SPD waren der Meinung, diese beiden Bedingungen seien keineswegs erfüllt. Daher haben sie für ihr Bundesland, in dem am 16. März der Landtag neu gewählt wird, beschlossen, für die dann beginnende Legislaturperiode bis 1984 neue Baugenehmigungen abzulehnen.

Dies ist in der Tat eine Auslegung des gemeinsamen Hamburger Beschlusses, die nicht überall in der Partei geteilt wird. Aber es gibt auch niemanden in der Partei, der über die Hamburger Bedingungen einfach hinweggehen könnte oder

...Erhard Eppler zur Energiepolitik

wollte. Was sich die Bundespartei auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember zueigen macht, ob sie eine gemeinsame Formel findet, wird sich in den Diskussionen der nächsten Monate entscheiden.

Bei diesen Diskussionen kommt alles darauf an, daß wir nicht versuchen, Ängste gegeneinander auszuspielen, eine Angst gegen die andere zu mobilisieren. Und da gibt es viele Ängste: die Angst vor der Atomkatastrophe, die Angst vor zuviel Kohlendioxyd in der Luft, die Angst vor der Energielücke, die Angst vor dem Ölkrieg.

Keine dieser Ängste ist völlig unbegründet, aber eine sachliche Diskussion in einer großen Volkspartei sollte diese Ängste nicht schüren.

Ganz besonders wenig begründet ist die Angst davor, daß Energiemangel, vor allem Mangel an elektrischem Strom, zur Arbeitslosigkeit führe. Die Zwachsraten im Stromverbrauch waren in den letzten 20 Jahren in der Industrie halb so hoch wie in den privaten Haushalten. Und inzwischen nehmen ja die industriellen Arbeitsplätze nicht mehr zu, sie nehmen ab zugunsten von Dienstleistungsarbeitsplätzen, die naturgemäß weniger Strom brauchen. Der Mikroprozessor rationalisiert nicht nur Arbeitsplätze weg, er verringert auch den Stromverbrauch. Sicher, in Zeiten des Aufschwungs braucht die Industrie mehr Strom, in Zeiten des Abschwungs braucht sie wieder weniger. Was auch immer in den nächsten zehn Jahren geschehen mag, sogar wenn wir einmal zu Regelungen kommen sollten, die in der reichen Schweiz längst üblich sind, daß nämlich bei Stromspitzenlastzeiten bestimmte Geräte im Haushalt, die nicht unbedingt gebraucht werden, für kurze Zeit automatisch abgeschaltet werden, sogar dann wird die Industrie immer den Strom haben, den sie braucht.

Die Maschinen könnten nur in einem Fall stillstehen: Wenn wir zu sehr von Atomenergie abhängig werden und wenn dann nach einem großen Unfall die verängstigte Öffentlichkeit die Abschaltung aller Reaktoren erzwingt.

Umgekehrt: gerade eine Energiepolitik, die Einsparungen zur ersten Priorität erhebt, schafft neue Arbeitsplätze: Schon heute sind Tausende beschäftigt mit Wärmedämmung, mit dem Bau und der Anbringung von Sonnenkollektoren, mit der Erstellung von Fernwärmenetzen. Und bald werden Diesel-Wärmepumpen, Gaswärmepumpen erzeugt werden, Sonnenzellen für Entwicklungsländern exportreif werden. Es leuchtet ein, daß es mehr Arbeitsplätze schafft, wenn wir Energieverschwendung durch menschliche Arbeit abbauen, als wenn wir menschliche Arbeit durch Energie ersetzen.

Eine vernünftige Diskussion verlangt auch, daß verschiedene Alternativen auf zwei oder drei Jahrzehnte hinaus durchgespielt werden. Das nennt man dann Szenarien. Auch ich habe ein solches Sze-

narium vorgelegt. Es hatte nur einen Zweck: auszuloten, ob möglich ist, was unser Parteitag in Hamburg beschlossen hat: daß wir die Option, ohne Atomenergie auszukommen, öffnen wollen. Und das Ergebnis war: wenn wir wollen, wenn wir die Prioritäten entsprechen setzen, ist dies möglich, nicht von heute auf morgen, aber auf längere Sicht. Nun mag man auch da anderer Meinung sein, es lohnt sich, darüber zu diskutieren.

Verwundert bin ich allerdings darüber, wie da plötzlich die Entwicklungsländer ins Spiel gebracht werden. Graf Lambsdorff und einige Leute von der CDU meinen, in diesem Szenarium sei die Dritte Welt zu wenig berücksichtigt. Ich freue mich ja, wer da plötzlich die Interessen der armen Länder vertritt, lauter Leute, die in den sechs Jahren, in denen ich in Bonn das zuständige Ressort zu leiten hatte, dadurch nicht aufhielen. Für Entwicklungsländer kommt aber Atomenergie aus mehreren Gründen weniger in Frage als für uns:

1. fehlt ihnen die technische Erfahrung
2. fehlt ihnen meist die politische Stabilität
3. liegt die große Chance dieser Länder in der Sonnenenergie.

In wenigen Jahren dürften Solarzellen eine dezentralisierte Stromversorgung gerade in den dünnbesiedelten Entwicklungsländern möglich machen: Wasserpumpen, die ohne größeres Netz durch Sonnenzellen am Ort gespeist werden.

Sicher, wir müssen Öl einsparen, damit der Ölpreis für die Armen nicht unerschwinglich wird. Aber eben: da muß man dann die Häuser besser isolieren, Sonnenkollektoren auf die Dächer montieren, keine Blockheizkraftwerke bauen, Wagen mit weniger Spritverbrauch fahren.

IV.

In der Diskussion um Energie geht es letztlich darum, wie wir künftig leben wollen: Sollen wir ganz abhängig werden von einer hochempfindlichen Großtechnologie, die einer so perfekten Sicherung bedarf, daß dabei ein Stück Freiheit verloren gehen könnte, oder wollen wir eine keineswegs weniger moderne, aber doch eher durchschaubar und beherrschbare, weniger empfindliche und weniger schutzbedürftige Technik? Wollen wir, daß das Streben nach hohen Wachstumsraten uns die Technologie vorschreibt oder wollen wir demokratisch über technische Weichenstellungen und damit über Richtung und Qualität von Wachstum entscheiden?

Sicher, das sind neue Fragestellungen. Aber es ehrt eine große, traditionsreiche Volkspartei, wenn sie solche Fragestellungen aufnimmt und ausdiskutiert. Dazu sind Volksparteien da.

Daher bin ich sicher, daß die Diskussion über Energie und Wachstum in der SPD vor allem bei jüngeren Wählern die Partei nicht weniger attraktiv, sondern glaubwürdiger macht.

Netzwerk-Selbsthilfe

Im November 1978 wurde in West-Berlin eine Selbsthilfeorganisation, die sich 'Netzwerk Selbsthilfe' nennt, aus der Taufe gehoben. Das 'Netzwerk' hat sich zur Aufgabe gesetzt, Arbeitslose und Berufsverbote-Opfer, die in selbstorganisierten Projekten (z.B. Handwerkskollektive arbeitsloser Jugendlicher, Druckereien, Buchläden, sozialtherapeutische Projekte etc.) arbeiten, eine finanzielle Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, wobei die Gelder entweder als Darlehen oder Zuschuß vergeben werden. Der Selbsthilfe-Fonds füllt sich durch die Beiträge der Mitglieder und durch Spenden.

Aber nicht nur finanzielle Hilfe wird gewährt, sondern darüberhinaus sollen "Kontakte und Informationen vermittelt sowie Patenschaften hergestellt werden zwischen Leuten, die Geld übrig haben, und Projekten, die es gebrauchen können." (so die 'Netzwerk-Broschüre'). Also: sowohl ein Hilfe- als auch Informationsnetz, das sich auf lange Sicht über die ganze Bundesrepublik erstrecken soll.

Eines der Projekte, das von Beginn an dem Netzwerk angehört, ist der 'Eversburger Schülerladen' in Osnabrück. Zwei vom Berufsverbot betroffene Lehrer betreuen hier nachmittags Eversburger Schüler der Orientierungsstufe und Haupt- und Realschüler. Sie geben Hilfen bei Hausaufgaben, führen regelmäßig Kurse für Legastheniker durch, unterstützen Schüler bei Problemen der Berufswahl und bieten darüberhinaus Möglichkeiten zum Spielen und Musizieren an. Ein Theaterprojekt mit Jugendlichen ist in der Planung. Die Eltern diskutieren bei den regelmäßig stattfindenden Elterntreffs die pädagogische Arbeit im Schülerladen und haben die Möglichkeit, inhaltlich mitzubestimmen. Ein - wie wir meinen - gelungener Versuch, Opfer der Berufsverbotepraxis in einem selbstorganisierten Projekt zu beschäftigen und zudem Schülern die Möglichkeit zu bieten, in einer von Konkurrenzdruck und Leistungsansprüchen freien Atmosphäre zu lernen.

Die Juso-AG ist seit Januar dieses Jahres mit einem monatlichen Beitrag von 20,- DM Mitglied im 'Netzwerk Selbsthilfe', da wir meinen, daß auch unsere Mitgliedschaft dazu beiträgt, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Radikalenerlaß zu unterstützen, also - wie heißt es doch so schön in der Broschüre des 'Netzwerks':

Mitmachen, Mitglied werden, Mitglieder werben!



Sozialdemokraten gegen Atomenergie

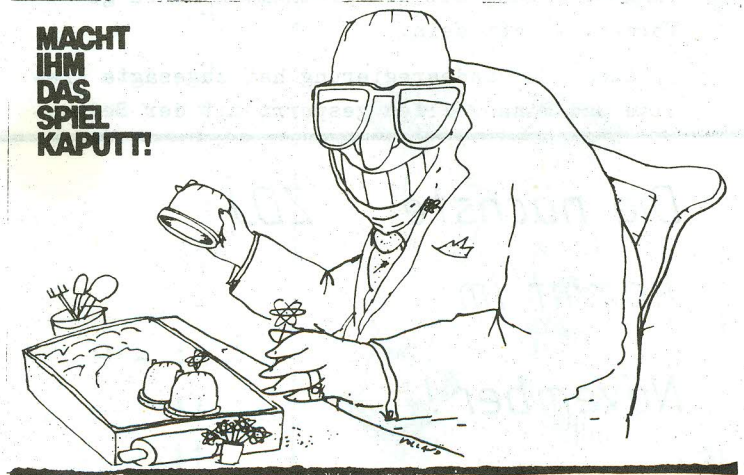
Zum Bundesparteitag im Dezember sammeln die Jusos in der Partei Unterschriften gegen die Atomenergie. Es soll dadurch bewiesen werden, daß die Gegner der Atomenergie in der Partei nicht nur "linke Spinner und notorische Querulanten" sind, wie unsere "rechten" Genossen immer behaupten.

Trotz der in letzter Zeit massiv aufgetretenen Werbung für die Atomenergie gibt es immer noch berechtigte Zweifel an dieser Energieform. Eine große Anzahl von Wissenschaftlern, die abhängig sind von der Atomindustrie, behaupten immer wieder, Atomenergie sei sicher und vor allen Dingen "unverzichtbar". Politiker von der Kommune bis zum Bund, die sich ihre Entscheidungshilfen natürlich von sogenannten seriösen Wissenschaftlern holen, und nicht in Verdacht geraten wollen, gemeinsame Sache mit "linken Spinnern..." (siehe oben) zu machen, plappern alles eifrig nach. Andere Darstellungen dieses Problems haben bei unseren politischen Führern anscheinend keine Chance. In unserer Partei will man jetzt nicht hinter Strauß und "Gang" zurückstecken in Sachen Atomenergie. Zurückstecken will man nur die Beschlüsse Energiebeschlüsse vom letzten Parteitag. Hieß es da noch, der Bau weiterer Atomkraftwerke sei von der Entsorgung abhängig, soll es jetzt keine Rolle mehr spielen, ob und wann die Entsorgung gesichert wird.

Die Entscheidung über die Atomfabrik Gorleben ist ja vorerst vertagt worden.

Selbst wenn die Atomfabrik gebaut werden sollte, könnte sie bei weiterem Ausbau der Atomenergie nur dafür sorgen, daß der Atommüllberg nicht mehr größer wird.

Die Jusos werden auf den kommenden Stadtbezirksversammlungen Unterschriften zu dieser Aktion sammeln.



Vietnamflüchtlinge, Humanität und Politik

In der ZdJ Nr.8 haben wir uns bereits zu VIETNAMESEN IN GEORGMARIENHÜTTE geäußert. Wir Sozialisten stellen noch einmal klar: wir unterstützen und begrüßen Hilfsaktionen, die das Flüchtlingselend in Südostasien mildern helfen, wir begrüßen die Aufnahme von Vietnamflüchtlingen. Wir verurteilen gewollte Maßnahmen der Vertreibung und Unterdrückung - egal in welchem Land und unter welchen weltanschaulichen Vorzeichen!

Das hindert uns nicht, Überlegungen zum Vietnamproblem anzustellen.

1. Die letzte Verantwortung für die Flüchtlinge aus Vietnam tragen die USA und ihre Verbündeten. Die USA haben große Teile der landwirtschaftlichen Anbaufläche Vietnams auf Jahrzehnte zerstört und damit die jetzige Ernährungslage in Vietnam mitverschuldet. Die USA haben nach Zerstörung des Landes die zugesagte Wirtschaftshilfe (4 Milliarden Dollar) nicht gezahlt.
2. Die USA haben durch den Import ihrer Lebensweise, ihres Lebensstils und ihrer Konsumgüter Hunderttausende von Vietnamesen von sich abhängig gemacht, die aufgrund ihres Lebensstils und ihrer Kollaboration mit den Amerikanern nach der Befreiung nur schwer zu integrieren waren.
3. Es scheint Schwierigkeiten mit diesen früher eher privilegierten Gruppen bei harten und her eher privilegierten Gruppen bei dem harten und entbehrungsreichen Aufbau des Landes gegeben zu haben. Sie waren die körperliche Arbeit weniger gewohnt, hatten früher mehr verdient.
4. Aufgrund des Vietnam-China-Krieges könnte inhumer Umgang mit den Vietnam-Chinesen gefördert worden sein.
5. Auch die Bundesregierung hat zugesagte Kredite und Finanzhilfen gesperrt mit der Begrün-

dung, Vietnam solle erst das Flüchtlingsproblem lösen. Somoza und Chile erhielten seinerzeit Finanzhilfen - hier mit der Begründung, daß sonst das einfache Volk leide. Leidet das einfache Volk in Vietnam
einfache Volk in Vietnam denn nicht?

Wen wundert es dann, wenn solche Länder immer mehr in den Einflußbereich der UdSSR geraten?

6. Fast nichts wird über das Flüchtlingselend in anderen Teilen der Welt berichtet. Von über 12 Millionen Flüchtlingen in der Welt (der größte Teil in Afrika und Nahost), von der Million Flüchtlinge in Indochina, wird ein Teil für die Berichterstattung herausgesucht: die 200 000 Vietnamflüchtlinge. Da zeigen sich nicht Humanität und Objektivität, sondern massive politische Absichten.

Allerdings, wir haben auch Fragen an die Politik Vietnams:

1. Wie kann man den Einmarsch, den Angriff Chinas verurteilen, wenn Vietnam selbst in Kambodscha und Laos einmarschiert ist? Das Argument mit der Hilfe für Kambodscha kann nicht ziehen, da die großen Massenmorde Pol Pots lange vor der Zeit des Einmarsches stattfanden.
2. Einmal unterstellt, die Vietnam-Chinesen wollten freiwillig aus dem Land, warum gab es dann keine organisierte Ausreise, warum gab es dann die Vertreibung auf Nußschalen auf das offene Meer? Ist das sozialistische Humanität?

Wir hoffen, daß die Vereinbarungen zwischen Vietnam und dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge die gefährlichen Fluchten auf zu kleinen Schiffen beenden lassen und Personen, die es wünschen, eine geordnete Ausreise ermöglichen.

Die nächste ZDJ
kommt im
November!

